

5. SEP. 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

17/XVII/181

Bonn, den 5. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	<u>Nicht auf dem Besuchsprogramm</u>	41
	Zum Staatsbesuch de Gaulles	
2 - 3	<u>Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen</u>	94
	Neue Wege hessischer Sozialpolitik Von Bürgermeister Willi Zinnkann, MdL	
4 - 5	<u>Im Dienste des Friedens</u>	81
	Aus dem Tätigkeitsbericht der UNESCO Von Dieter Bielenstein	
6 - 7	<u>Einfamilienhäuser unerwünscht</u>	69
	Sowjets befehlen genossenschaftlichen Wohnungsbau Von Rudolf Hornig	

Chefredakteur Günter Markscheffel
(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Nicht auf dem Besuchsprogramm

Zum Staatsbesuch de Gaulles

sp - Das Besuchsprogramm des französischen Staatspräsidenten ist ungewöhnlich reichhaltig. De Gaulle hat es selbst entworfen. Er wollte nicht allein Gespräche mit den politischen Repräsentanten des deutschen Volkes führen, er will selbst unter das Volk gehen und zu ihm reden. Diese Form des unmittelbaren Kontakts entspricht dem Stil der modernen Massengesellschaft. Der französische Staatspräsident ist ein Meister dieses Stils, er beherrscht ihn vollkommen.

Die einfachen Menschen, zu denen der hohe französische Gast kommt, werden gewiss aufmerksam registrieren, was er zu sagen hat, und sie werden auch die Ehre zu schätzen wissen, Zeugen von Ansprachen de Gaulles zu sein. Nicht weniger als acht solcher Ansprachen sind vorgesehen, darunter eine vor den Arbeitern der Thyssenhütte in Duisburg. Das Besuchsprogramm verzeichnet ferner Hamburg, Düsseldorf, Ludwigsburg, Stuttgart, Köln und München als Reiseziele. Ein überaus herzliches Willkommen wird de Gaulle überall sicher sein. Dieser Besuch besiegelt endgültig die deutsch-französische Freundschaft, verwirklicht den Traum vieler Jahrhunderte und macht allen sichtbar, daß Deutsche und Franzosen heute in einem Boot sitzen. Das wiegt schwer in diesen gefährvollen und unruhigen Zeiten.

Leider liegt auf dem Besuch des französischen Staatspräsidenten ein Schatten. Das bedrohte Berlin gehört nicht zum Besuchsprogramm, es wurde davon ausgenommen. Die Erklärung, die der französische Außenminister Couve de Murville für das Ausbleiben eines Abstechers nach Berlin gab, kann nicht recht befriedigen. Sie hinterläßt einen bitteren Stachel. Angeblich wäre der Charakter dieses Besuches, der der Bekräftigung der deutsch-französischen Freundschaft gilt, durch die Einbeziehung Berlins in die Reihe der zu besuchenden Städte völlig verändert worden. Die Sowjets, wie auch die westlichen Verbündeten hätten, so der französische Außenminister, dies falsch interpretieren können.

Die Berliner und das deutsche Volk, wer will es ihnen verargen, haben für eine solche Empfindlichkeit kein Verständnis. Berlin steht in einem schweren Selbstbehauptungskampf. Es geht hier nicht allein um das Schicksal dieser Stadt und damit auch um das des deutschen Volkes, es geht um die Erhaltung der Freiheit für das ganze nicht kommunistische Europa. Berlin und der Westen sind eine Einheit. Wie dankbar die Berliner auf sichtbare Beweise unverbrüchlicher Solidarität reagieren, haben sie bei dem Empfang des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson in den Tagen nach dem 13. August 1961 bewiesen. Nicht minder dankbar wären die Berliner für einen Besuch de Gaulles in ihrer Stadt gewesen. Die Gelegenheit dazu wurde ihnen nicht gegeben. Geschah es wirklich nur, um sowjetische Empfindlichkeit nicht zu verletzen?

Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen

Von Bürgermeister Willi Zinnkann, MdL

Seit dem Jahre 1952 sind in Hessen Dorfgemeinschaftshäuser im Rahmen des Programms "Soziale Aufrüstung des Dorfes" errichtet worden. Sie haben sich im Hinblick auf die Strukturverbesserung der Landgemeinden und insbesondere bei der Schaffung kultureller und gesellschaftlicher Kristallisationspunkte außerordentlich bewährt. Bald zeigte sich auch in den kleineren Landstädten und in den Randbezirken der Großstädte die Notwendigkeit zur Schaffung derartiger Einrichtungen.

Bei ihnen sollte allerdings das Schwergewicht voll auf die kulturelle und soziale Zweckbestimmung gelegt werden. Arbeitserleichternde Einrichtungen, wie sie in den Dörfern auch heute noch ihre Berechtigung haben, waren für die städtischen Gemeinschaftshäuser, für die man die Bezeichnung "Bürgerhaus" wählte, nicht erforderlich. Alle Möglichkeiten dieser Art finden sich bereits in Handel und Gewerbe der Städte und Vorortsbezirke, und es ist in den Programmen für Gemeinschaftshäuser von Anfang an darauf gesehen worden, daß sie keinerlei Einrichtungen umfassen, die bereits auf privatwirtschaftlicher Basis in dem jeweiligen Ort existieren.

Da aber die arbeitserleichternden Einrichtungen, beispielsweise durch Gebühreneinnahme bei den Waschanlagen und Schlachträumen, eine wesentliche Grundlage für die Aufbringung der laufenden Unterhaltungskosten der Dorfgemeinschaftshäuser bildeten, mußte bei den Bürgerhäusern um so sorgfältiger geplant und in jedem Fall ein Rahmen eingehalten werden, der der finanziellen Leistungsfähigkeit der jeweiligen Stadt entsprach.

Zwei Jahre Verwaltungsarbeiten

Die Vorbereitungszeit für die Eröffnung des Bürgerhaus-Programms betrug deshalb auch nahezu zwei Jahre, weil sichergestellt werden mußte, daß auf diesem Gebiet von Anfang an Kinderkrankheiten möglichst vermieden wurden. Es traf sich deshalb außerordentlich glücklich, daß die ersten Bürgerhäuser in Frankfurt und der benachbarten Stadt Bergen-Enkheim errichtet wurden, weil hier Träger zur Verfügung standen, deren finanzielle Leistungsfähigkeit der Aufgabe in jedem Fall gewachsen war.

Gerade die verschiedenen Stadtteile einer Großstadt, die sich ein gewisses Eigenleben bewahrt haben und von den kulturellen und gesellschaftlichen Einrichtungen des Stadtzentrums verhältnismäßig weit entfernt sind, bilden einen Schwerpunkt des Bürgerhaus-Programms. Heute beschäftigen sich fast alle größeren Städte Hessens mit der Verwirklichung oder Vorbereitung von Bürgerhaus-Bauten. Die Initiative zum Bau derartiger Häuser geht nach wie vor von der Stadt aus. Das Land stellt im Rahmen des Programms nur finanzielle Hilfen zur Verfügung und berät die Bauherren auf Grund der langjährigen Erfahrung auf diesem Gebiet. Es ist beabsichtigt und in den Richtlinien auch entsprechend vorgesehen, daß in Hessen künftig bereits bei der Planung neuer Stadtteile der Groß-Siedlungen ein Bürgerhaus mit vorgesehen werden soll.

Das Bürgerhaus soll für die Bevölkerung der Landstädte oder des Großstadtbezirkes, in dem es entsteht, Säle, Gemeinschaftsräume, Bibliotheken, Jugendpflegeeinrichtungen und Einrichtungen der öffentlichen Gesundheitspflege bereitstellen. Gerade diese Erfordernisse mußten in der Zeit des ersten Wiederaufbaues nach 1945 sehr häufig in den Hintergrund treten. Sie bedeuten aber für das gesellschaftliche Leben eine absolute Notwendigkeit, wenn der Wohnort für seine Menschen seine Anziehungskraft behalten und wenn er ihnen alle Voraussetzungen für eine dauerhafte Lebensgemeinschaft bieten soll. Das Bürgerhaus kann ein Treffpunkt für jung und alt werden und kann außerdem der Vereinsamung der Menschen in der Stadt entgegenwirken.

Deshalb enthält die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Zinn vom 28. Januar 1959 auch die Forderung, daß die Dorfgemeinschaftshäuser weiterhin gefördert und darüber hinaus in nächster Zeit Bürgerhäuser für kleinere Städte und die Randbezirke der Großstädte entwickelt werden sollen. Ebenso sei dort der Bau von Mehrzweckhallen notwendig, der künftig im Lande Hessen stärker unterstützt werden solle. Diese Zusage konnte in den darauffolgenden Jahren eingehalten werden.

Gerade für den Bau von Mehrzweckhallen hat sich in den Landstädten ein außerordentlich großes Interesse gezeigt. Die Gemeinschaftsräume der Bürgerhäuser werden dort häufig so ausgebaut, daß sie auch für Turnen, Sport und Spiel und in den dörflichen Gemeinden für den Turnunterricht der Schulen genutzt werden können.

Diese Kombination hat sich in erster Linie dort als dringend notwendig erwiesen, wo bisher die Säle der Gastwirtschaften Treffpunkte der Bevölkerung waren, wo sie für Festlichkeiten zur Verfügung standen und wo darin zugleich die Vereine ihren Turnbetrieb abhielten. Solche Möglichkeiten werden auf dem Lande immer seltener.

Da diese Gemeinden sehr häufig nicht in der Lage sind, für kulturelle Zwecke und das sportliche Leben getrennte Einrichtungen zu schaffen, bietet sich die Möglichkeit zum Bau einer Mehrzweckhalle, die ebenfalls aus den Landesprogrammen für Gemeinschaftshäuser gefördert werden kann, geradezu an. Auch in größeren Orten, die bereits über Turnhallenraum verfügen, kann durch den Bau einer Mehrzweckhalle eine zusätzliche Sport- und Spielgelegenheit geschaffen werden.

Politik der sozialen Verantwortung

Der Bau von Mehrzweckhallen eröffnet aber auch die Möglichkeit, einem großen Kreis von Gemeinden im Lande Hessen, deren Gemeinschaftsleben sonst keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten mehr hätte, auch neue Gelegenheiten für kulturelle Begegnungen, gesellige Veranstaltungen und das sportliche Leben zu geben. Diese Möglichkeiten, die in den großen Städten unseres Landes weitgehend schon vorhanden sind und nun durch die Bürgerhäuser und das Rot-Weiß Sportförderungsprogramm ausgebaut und vervollständigt werden, sollen in Zukunft auch den Bewohnern unserer Dörfer gegeben sein.

Der Staat kann die Erfüllung der Freizeit nicht reglementieren und will dies als demokratisches Staatswesen auch keinesfalls tun. Er kann und muß aber, wenn er sich einer Politik der sozialen Verantwortung, wie sie in Hessen seit langen Jahren betrieben wird, verpflichtet fühlt, die Gemeinden und Städte in die Lage versetzen, hierzu die notwendigen Einrichtungen zu schaffen und damit zugleich auch wirkungsvolle Anreize zur Belebung der kulturellen, gesellschaftlichen und sportlichen Betätigung zu geben.

Im Dienste des Friedens

Von Dieter Bienenstein

Über 150 000 Fernsehempfänger kann man nun schon in Nigeria, in Algerien, der Vereinigten Arabischen Republik, in Rhodesien und Nyasaland die ersten afrikanischen Fernsehprogramme empfangen. Und 16 weitere afrikanische Staaten planen, das Fernsehen in Kürze einzuführen. Im kleinen Sierra Leone in West-Afrika mit gut 2,5 Millionen Einwohnern baut eine schottische Gesellschaft einen Sender. In Uganda und Senegal experimentieren indische Fachleute mit einem "Farm-Forum", um künftig mit Hilfe des Fernsehens Landwirtschaftskurse in den Dörfern nach indischem Vorbild zu veranstalten.

In Togo errichtete die Bundesrepublik einen Hundert-kw-Radiosender. Die Zusatzausrüstung liefern die USA, während ein Fachmann der Vereinten Nationen den Sender leitet, bis das einheimische Personal ausgebildet ist. Mit internationaler Hilfe wird eine allafrikanische Nachrichtenagentur gegründet neben den rund 15 schon bestehenden nationalen Agenturen. Seit einem Monat erscheint in Togo die erste Tageszeitung. Auch über den schwarzen Kontinent beginnt sich das Netz moderner Nachrichtenmittel zu spannen.

Täglich 700 Kalorien

Der wirtschaftliche Rückstand galt bisher weitgehend als Kennzeichen der unterentwickelten Länder. Täglich 700 Kalorien unter dem Minimum, das bedeutet ständige Unterernährung in den meisten Ländern der Welt. 27 Jahre durchschnittliche Lebenserwartung - bei uns beträgt sie 67 bis 72 Jahre - so drückt die Statistik Krankheit und Hunger in den Entwicklungsländern in nüchternen Zahlen aus. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten setzte man die Entwicklungshilfe an. Produktionssteigerung in der Landwirtschaft und in der Industrie war und ist das erste Ziel, der Aufbau der "wirtschaftlichen Infrastruktur" - Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Kanäle, Elektrizität - ist die Voraussetzung.

Doch Lehrwerkstätten, Schulen und Hochschulen, ja Universitäten und Forschungsstätten als "kulturelle Infrastruktur" sind genau so eine Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung. Zu ihr gehören Zeitungen, Radio und Fernsehen, nicht als Luxus für die Freizeit, sondern als Mittel der Volksbildung und schließlich, um "Öffentlichkeit" und öffentliche Meinung herzustellen, durch die Demokratie erst möglich wird.

Erhebungen der UNESCO

Die UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur hat kürzlich als geringsten internationalen Standard gefordert: 10 Exemplare einer Zeitung, 5 Radios, 2 Kinoplätze und 2 Fernsehempfänger auf 100 Einwohner eines Landes müssen vorhanden sein, um es als "entwickelt" zu bezeichnen. Doch nach diesem Maßstab sind noch rund 100 Länder mit 1,9 Milliarden Einwohnern, 66% der Erdbevölkerung, unterentwickelt. Während in den USA 36 kg Zeitungen pro

Kopf und Jahr verbraucht werden und es in Europa noch 10 kg sind, beträgt der Verbrauch in Afrika nur 0,6 kg. In Indien, gemeinhin als fortgeschritten betrachtet, erscheint in 18 Großstädten mit über 100 000 Einwohnern keine einzige Tageszeitung. In 27 Ländern des Fernen Ostens kommt noch nicht einmal ein Radioempfänger auf 100 Einwohner.

So hat die UNESCO seit zwei Jahren die Entwicklung der "Massenmedien" Rundfunk, Fernsehen, Film und Presse zu einem ihrer Schwerpunktprogramme erklärt. Fachleute trafen sich zu drei Konferenzen in Asien, Lateinamerika und Afrika, um zunächst die vorliegenden Erfahrungen auszutauschen und um dann konkrete Pläne auszuarbeiten. "Die Vorstellung, daß das Erziehungswesen Teil eines jeden Programms der Entwicklungshilfe sein muß, hat sich inzwischen durchgesetzt", erklärte einer der leitenden UNESCO-Beamten in Paris. Nun sollen die Massenkommunikationsmittel für diese Aufgabe genutzt werden. "Da die Zeit angesichts der sprunghaften Bevölkerungszunahme gegen uns arbeitet, genügen die klassischen pädagogischen Methoden des Aufbaus von Schulen, Hochschulen und der Lehrerbildung nicht mehr."

Modell-Projekte

In Indien und Marokko wurden mit Hilfe des Fernsehens landwirtschaftliche Fortbildungskurse eingerichtet. Um den von der Regierung zur Verfügung gestellten Gemeinschaftsempfänger sammelt sich am Abend die Dorfbevölkerung, um das Programm zu sehen, zu diskutieren und am nächsten Tage, von einem eigens ausgebildeten Leiter dieser "Volks-hochschule" beraten, das Gelernte in der Praxis zu verwerten. In den entlegenen Dörfern der Anden in Südamerika konnten durch die Errichtung eines Radiosenders und die Verteilung von Transistorgeräten an die Bevölkerung ein Schulprogramm und Kurse über Geflügelzucht, verbesserte Anbaumethoden und Heimindustrie verwirklicht werden, die den Lebensstandard in zwei Jahren nachweisbar hoben.

Die UNESCO hat damit wie auf vielen anderen Gebieten Modell-Projekte entwickelt, neue Wege gewiesen und Methoden der Entwicklungshilfe kritisch geprüft. Sie gewann dabei die Unterstützung der Rundfunk- und Fernsehgesellschaften und der Presse vor allem in Frankreich, England und den USA. Diese neuen Methoden der Erziehung durch Massenmedien in der Entwicklungshilfe in aller Breite zu nutzen, ist nun die Aufgabe der einzelnen Länder im Rahmen der verschiedenen Entwicklungsprogramme. Es wäre zu wünschen, daß auch in der Bundesrepublik diese Möglichkeiten stärkere Beachtung finden. Rundfunk, Fernsehen und Pressewesen gewannen bei uns in den letzten Jahren einen technischen Stand und fähige Mitarbeiter, so daß sie sich diesem Aufgabenkreis erfolgreich zuwenden könnten.

"Die UNESCO selbst ist eine bitter arme Organisation", aus diesen Worten eines UNESCO-Beamten klingt die Sorge, wie sie ihre weltweiten Aufgaben mit einem Jahresetat von nur 64 Millionen DM bei stets steigenden Anforderungen lösen soll. Daß sie trotzdem in aller Stille effektiv arbeitet, daß sie jenseits der großen Resolutionen und Generalkonferenzen der Vereinten Nationen unendlich viel praktische Hilfe leistet, wurde kürzlich auf einem Presse-Seminar in Paris deutlich, zu dem die UNESCO und die Friedrich-Ebert-Stiftung einluden. Diese Seite der Vereinten Nationen sollte man nicht übersehen, wenn in wenigen Wochen auf der Generalversammlung die politischen Gegensätze wieder hart aufeinanderprallen werden.

Einfamilienhäuser unerwünscht

Von Rudolf Hornig

Die sowjetischen "oberen Zehntausend" besitzen am Rande der Großstädte der Sowjetunion - nicht nur Moskaus und Leningrads - ihre "Datscha" genannten Landhäuser. In ihrer Einrichtung unterscheiden sich diese Datschen kaum wesentlich von den "kapitalistischen Villen" vor der Stadt, wie sie um die Jahrhundertwende zum europäischen Städtebild gehörten. Eine Datscha ist aber nicht nur ein Landhaus, sondern das, was in der UdSSR zu den erstrebenswerten Dingen der neuen Gesellschaft gehört, die am Entstehen begriffen ist - nämlich ein Einfamilienhaus.

Flucht aus der Enge

Die Sehnsucht nach einem Einfamilienhaus ist in den sowjetischen Großstädten (deren Zahl jedes Jahr größer wird) durchaus verständlich. Trotz des seit einigen Jahren mit allen Mitteln vorangetriebenen Wohnungsbaues ist in der UdSSR eine eigene geräumige Wohnung für den Großteil der Bevölkerung immer noch ein Zukunftsstraum. Die Bevölkerung vermehrt sich so schnell und die Einwohnerzahl der Städte wächst so rapide, daß auch nach der Durchführung des noch auf fast zwei Jahrzehnte eingeplanten Wohnungsbauprogramms, mit dem man zu spät begonnen hatte, pro Einwohner kaum mehr als zehn bis zwölf Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung stehen werden. Derzeit sind fast alle Wohnungen in Moskau und in den anderen Großstädten in einem Maße überbevölkert, das für jeden modernen Westeuropäer unvorstellbar ist.

Hast Du Deine Datscha.....

Die meisten Sowjetbürger haben noch sehr schwache Vorstellungen von den früheren Wohnverhältnissen auf dem Lande, wo die Familien zwar zuweilen sehr eng zusammengedrückt mußten, aber in eigenen Familienhaus wohnten. Das Verlangen nach diesem eigenen Familienhaus muß in den letzten Jahren zu einer starken individuellen Baubewegung geführt haben. Man mißgönnte dem Politiker, Künstler und Funktionär durchaus nicht die Datscha - diese schoßen wie Pilze aus dem Vorstadtboden der Städte -, aber das Argument "Hast Du Deine Datscha, so will ich mein (mehr oder minder großes) Einfamilienhaus haben", wurde offenbar allgegenwärtig weiter Kreise. Der Geldüberhang war ein weiteres Element der Belebung des "individuellen" Wohnungsbaus.

Mangel an Material und Arbeitskräfte

So gerne Chruschtschow vor dem "individuellen Wohlbefinden" des einzelnen in der sowjetischen Gesellschaft zu schwärmen pflegt, so wenig wollte er die für den staatlichen Wohnungsbau eingeplanten Baumaterialmengen mit den steigenden Bedürfnissen der Einzel-Bauherren übereinstimmen. Auch die um sich greifende Schwarzarbeit der Baufachkräfte auf solchen "individuellen" Baustellen begann die Gewerkschaften zu beunruhigen, denn ihre demoralisierende Wirkung war unverkennbar und verschleppte das Wohnungsbautempo dort, wo das Regime Wert darauf legte. Schließlich wurde das Problem des "individuellen Wohnungsbaus" - vor zwei, drei Jahren noch als "einer der Auswege" aus der Wohnungsnot bezeichnet und gepriesen - reif für einen Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR.

"Häuser mit vielen Wohnungen"

Der Beschluß dieser beiden in der Sowjetunion entscheidenden Gremien "Über den individuellen und genossenschaftlichen Wohnungsbau" spiegelt das Dilemma wieder, in das die Datscha-Besitzer der führenden sowjetischen Gesellschaftsschicht geraten sind. Für sie kann es bei der Lösung eines krisenhaften Zustandes stets nur einen "Fortschritt" geben, und der wird in diesem Falle bei den Erläuterungen in der Presse so formuliert: "Das ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR sehen in ihrem Beschluß über den individuellen und genossenschaftlichen Wohnungsbau vor, in den nächsten Jahren in den Städten und Siedlungen von städtischem Typ vom Bau individueller Einfamilienhäuser unter Hinzuziehung von Geldmitteln der Bevölkerung zum Bau komfortabler genossenschaftlicher Häuser mit vielen (!) Wohnungen überzugehen." Vom "Fortschritt" kann sich bekanntlich in der Sowjetunion niemand ausschließen. So werden Einfamilienhäuser in Zukunft in der UdSSR nur noch "reaktionäre" Wunschträume bleiben.

Sowjetische Baukredite

So etwas gibt es jetzt auch und sie werden in der UdSSR durchaus nicht als eine "kapitalistische Einrichtung" zur "Ausbeutung" von Wohnungsinteressenten gesehen. Die Parole, daß der die Allgemeinheit repräsentierende Staat jedem eine Wohnung zu verschaffen hat, ist in der Verbenkung verschwunden. Für die Wohnbauten der (Wohnbau-)Genossenschaften haben die Mitglieder "zunächst" einen Beitrag von 40 Prozent des veranschlagten Preises der Häuser aufzubringen. Zu dieser neuen Art der Geldabschöpfung gewährt der Staat für die restlichen 60 Prozent einen Kredit, der bereits im Laufe von zehn bis 15 Jahren getilgt werden muß. Der Staat stellt auch "laut Staatsplan" die Bau- und Werkstoffe zur Verfügung. Der "individuelle" Bauwille des einzelnen wird so in den Kanal des Kollektivbaus gelenkt. Die Datscha der Regime-Bosse wird zur Kehrfamilien-Datscha der Masse. Wenn das kein Fortschritt ist!